

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 162	Meratenpreis: fl. 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —	Halver	Montag, den 14. Juli	Erscheint wöchentlich 6 mal Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenschild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.	1930
---------	---	--------	----------------------	---	------

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Auf dem St. Gotthard stürzte ein italienischer Flieger ab, der in dem Verdacht steht, Spionage getrieben zu haben.
- * Unter großer Teilnahme der Bevölkerung fand in Neutrode die Beisetzung der Opfer der Bergwerkskatastrophe statt.
- * Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß, zur Zahlung von Unterstufungen an die Hinterbliebenen der Opfer der Bergwerkskatastrophe einen Betrag bis zu einer Million Mark bereitzustellen.

Gedanken auf der Eisenbahn.

Eine Überraschung war die Mitteilung nicht, daß das „Feriengeschäft“ der Reichsbahngesellschaft erheblich hinter dem vergangenen Jahres zurückgeblieben ist, weil viele, viele Menschen sich den sogenannten „Lurus“ einer Ferienreise unter den wirtschaftlichen Bedingungen der Gegenwart nicht leisten können. Und man rechnet bei der Reichsbahn damit, daß die Erträge des diesjährigen Ferienverkehrs, der ja für sie die „Hauptaison“ darstellt, etwa 10 Prozent geringer sein werden als im Vorjahr —, und daß dadurch die finanziellen Schwierigkeiten, in denen die Reichsbahn sowieso schon steckt, noch weiter anschwellen werden. Mit größtem Optimismus — und mit einem zweifellos auch sehr berechtigten — beurteilt man in der Verwaltung auch die Weiterentwicklung der finanziellen Lage, was denn natürlich schon vor einiger Zeit den Antrag der Reichsbahn auslöste, wieder einmal zu einer Tarifierhöhung schreiten zu dürfen. Nach dem Reichsbahngesetz von 1924 muß ja bei allen Tarifforderungen auch die Reichsregierung um ihre Zustimmung ersucht werden und es wird dem Reichsverkehrsminister kaum sehr leicht geworden sein, den Antrag der Reichsbahnverwaltung zur Annahme zu empfehlen. Um so mehr, weil ja die Reichsbahn außerdem zwecks Verminderung der Ausgaben eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht hat, die in der Öffentlichkeit auf eine sehr heftige Kritik gestoßen sind. Erinnert sei an den kürzlich veröffentlichten Brief, den der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft, Geh. Rat von Siemens, an den Reichsverkehrsminister von Guérard geschrieben hat. Darin ist nicht bloß lebhaft Klage darüber geführt worden, daß die Reichsbahn immer noch die Sonderbelastungen der Young-Verpflichtungen und der Beförderungsteuer tragen müsse, sondern es wurde vor allem ein scharfer Abbau der Personalausgaben vorgeschlagen, nicht zuletzt auch eine Befreiung der Reichsbahn von den hohen Pensionslasten aus der Nachkriegszeit.

Der Minister von Guérard hat zu den Einzelvorschlägen und -klagen teils zustimmend, teils ablehnend geantwortet, aber das größte Aufsehen erregte wohl seine Mahnung, daß die Verwaltung, wenn sie schon an den Personalausgaben sparen wolle, doch zunächst einmal die viel zu hohen Gehälter der oberen und obersten Beamten für diesen löblichen Zweck heranziehen sollte. Und so unecht hat der Minister damit gar nicht, auch wenn man dabei nicht einmal so sehr auf die recht respectable Höhe dieser Gehälter selbst sieht; es muß aber Beamte in anderen Verwaltungen mit Recht selbstverständlich, daß sie bei gleicher Verantwortung und gleichem Pflichtenkreis sich sehr viel schlechter stellen als die „Kollegen“ bei der Reichsbahn. Denn die beamtenrechtlichen Bestimmungen gelten hier wie dort und daher waren auch, solange die heutige Reichsbahngesellschaft noch nicht ein selbständiges, vom Reich unabhängiges Unternehmen war, ihre Beamten im Gehalt dem der anderen Verwaltungen gleichgestellt; damit ist es, soweit es sich dabei um leitende Beamte handelt, mehr als vorbei, ohne daß seitdem nun ihre Verantwortung und ihr Pflichtenkreis sich in demselben Umfang erweitert hätten wie ihr Gehalt. Gewiß dürfte eine Herabsetzung dieser Gehälter nun hinsichtlich des finanziellen Ertrages auch nicht überschätzt werden, brauchte man auch nicht eine Abwanderung in die Industrie zu befürchten — denn dort ist bei den Gehältern auch ganz gewaltig abgebaut worden! —, sondern es ist hierbei mehr ein günstiger „massenpsychologischer“ Eindruck erwünscht, den ja der Minister auch in seinem Antwortschreiben herbeiführen will. Dabei muß an eine andere bedauerliche Tatsache erinnert werden: Trotz der wiederholten Anfrage des Reichsverkehrsministers hat die Reichsbahnverwaltung niemals genauere Mitteilung über die Gehaltshöhe bei den leitenden Beamten veröffentlicht und dadurch selbst übertriebenen und überheblichen Gerüchten Raum gegeben.

Es gibt wohl kaum eine Verwaltung in Deutschland, wo ein derart energischer Abbau an Beamten, Angestellten und Arbeitern erfolgt ist wie bei der Eisenbahn; man wird sich daran vielleicht noch erinnern, daß 1920 die Kopfszahl all dieser dort Beschäftigten erheblich über eine Million lag und seitdem um rund 400 000 zurückgeschraubt worden ist. Allerdings wird vielfach darüber geklagt, daß dieser Personalabbau sich mehr auf den Außen- als auf den Innendienst erstreckt habe und daß der eigentliche Verwaltungsapparat bei der Reichsbahn noch übertrieben groß sei. Hier spielt ja auch hinein, was der Reichsverkehrsminister über die vielumstrittenen Leistungszulagen bei der Reichsbahn sagt, die in den anderen Staatsverwaltungen keinerlei Parallele finden, jetzt angesichts des starken Rückganges im Eisenbahnverkehr auch weniger Berechtigung denn je hätten, namentlich wenn Beamte des Innendienstes dieser Zulagen teilhaftig werden.

Aber selbst dann, wenn diese Reformanregungen erfüllt werden sollten — vor einer Tarifierhöhung bewahrt uns auch das nicht!

Wirrwarr im Reichstag

Die zerplüßte Deckungsvorlage.

Lebigensteuer abgelehnt.

Die Beratungen der Steuervorlagen im Reichstag nehmen einen immer seltsamer werdenden Fortgang. Einzelne der hinter der Reichsregierung stehenden Parteien haben mit Hilfe von Teilen der Opposition Initiativanträge nicht bloß ein-, sondern auch durchgebracht, die wesentliche Abänderungen der Regierungsvorlage darstellen. Durch die Annahme der Sonderbesteuerung auf alle Gehaltsempfänger über 8400 Mark näherte man sich schon stark den früheren Entwürfen Dr. Wolsenhauers, der darüber zu Fall gekommen war, brachte außerdem noch im einzelnen so viele mehr oder weniger weitgehende Abänderungsanträge ein, daß sich der Steuerauschuß des Reichstages selbst nicht mehr zurechtfinden und Endgültiges erst in einer zweiten Lesung beschließen will. Aufsehen erregte auch, daß ein Zentrumsabgeordneter, Dr. Föhr, die „Extratouren“ anderer Regierungsparteien mitmachte, die gegen den Willen der Regierung nun wieder die Befreiung der höheren Angestellten mit dem „Reichshilfsopfer“ beantragten und durchsetzten.

Im Steuerauschuß des Reichstages gab der Zentrumsabgeordnete Dr. Föhr eine Erklärung zu seiner Abstimmung ab. Es sei unrichtig, daß durch seine Stimme die Entscheidung herbeigeführt wurde. Durch seine Stimme habe sich lediglich die Mehrheit auf 16 gegen 12 Stimmen erhöht. Der Antrag wegen der

Einbeziehung der Angestellten

sei von zwei in der Regierung vertretenen Parteien eingebracht worden und entsprach vollständig der von der Zentrumsfraktion vertretenen Auffassung. Für ihn habe deshalb keine Veranlassung vorgelegen, gegen den Antrag zu stimmen. Nachdem ein sozialdemokratischer Antrag, den

Zuschlag zur Einkommensteuer

für die höheren Einkommen auf 10 Prozent zu bemessen, abgelehnt worden war, nahm der Auschuß die Abstimmung über die Vorlage vor, wonach dieser Zuschlag 5 Prozent betragen soll. Zur Beratung kam dann

die Lebigensteuer.

Nach längerer Aussprache wurde auch die Lebigensteuer mit der gleichen Mehrheit wie der Einkommensteuereinschlag vom Auschuß abgelehnt.

In der Aussprache hatte Reichsfinanzminister Dietrich einem vollstänferbaren Antrag zugestimmt, wonach von der Lebigensteuer auch Personen befreit sein sollten, die Eltern gegenüber unterhaltspflichtig sind. Im übrigen hatte der Reichsfinanzminister sich gegen die Besteuerung der Aufsichtsratsmitglieder gewandt, die höchstens acht Millionen einbringen werde. Der Vorschlag einer solchen Steuer sei nicht sachlich, sondern höchstens demagogisch zu begründen. Der Auschuß nahm dann noch die Abstimmung über die zurückgestellten Anträge zur Reichshilfe vor. Mit den Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kom-

munisten wurde bei Stimmhaltung der Demokraten ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach der Reichshilfe von den Behördenangestellten nur diejenigen unterliegen, die

eine beamtenähnlich gesicherte Stellung

haben. Für den so geänderten § 2 des Reichshilfegesetzes, den den Personenteil, den die Reichshilfe umfaßt, festlegt, stimmten nur die Demokraten. Infolgedessen wurde § 2 der Reichshilfe abgelehnt. Damit ist auch der vom Auschuß angenommene Änderungsantrag über die Einbeziehung der Privatangestellten wieder abgelehnt.

Nach dieser Abstimmung erklärte der Finanzminister, daß die Reichsregierung an einer zweiten Lesung der Vorlage kein Interesse habe. Damit war die Auschußberatung abgeschlossen.

Selbstverständlich machten diese Beschlüsse des Steuerauschausses, die tief und Wesentliches verändernd in das Deckungsprogramm der Regierung hineingriffen, sofortige Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Finanzfachverständigen der Regierungsparteien notwendig, um den Wirrwarr zu klären. Denn Minister Dietrich hat unlängst geäußert, daß die Regierung zwar ergänzenden Anträgen der Parteien zugänglich sei, aber an den Hauptbestimmungen ihres Deckungsprogramms unbedingt festhalten werde.

Schnellarbeit im Reichstag.

(197. Sitzung.)

OB. Berlin, 12. Juli.

Kürze ist die Würze. Diesen Grundsatz beherzigte beim Wochende ausnahmsweise einmal der Reichstag und verbrachte kaum eine Stunde in dem übrigens nicht zu einem fünfteil befestigten Sitzungssaal, ehe sich die auswärtigen Abgeordneten zwecks Heimfahrt über Sonntag zu den Bahnhöfen begeben konnten.

Schnellstens und ohne Reden wurde die dritte und endgültige Verabschiedung der Entwürfe über Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken vorgenommen, ferner die geplante Vereinigung der Grundbücher genehmigt, wonach die Schlussbestimmungen über beide Materien noch für später aufgespart blieben. Mit Dank quittierte man ein Velleitschreiben des Danziger Volkstages zum schlechten Vergewaltigung. Dann ging es an die zweite Beratung des Vorschlages, den Verwaltungen für Inlandszweigen unbeschränkt zu verlängern, bei der eine Sozialdemokratin die Aushebung des Verwaltungsvertrages beantragte, einer ihrer politischen Freunde, den soeben abgelehnten Brotverkauf nach Gewicht einzuführen. Doch nichts davon gefiel der Mehrheit, die dem vorliegenden Entwurf ohne weiteres ihre Zustimmung gab.

Bei der dritten Beratung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat kritisierte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Everling die zur Diskussion stehende Fassung. Sie beruhe in ihrer marxistischen Art auf dem Gedanken des Klassenkampfes. Die entscheidende Abstimmung wurde jedoch nochmals vertagt und damit war das Ende der heutigen Arbeit gekommen.

In zwölfter Stunde.

Regierung, Parteien und Kopfsteuer.

Die Finanzfachverständigen und einige Parteiführer der hinter der Regierung stehenden Reichstagsfraktionen setzten gemeinsam mit Vertretern der Finanzministerien der größeren deutschen Länder ihre Besprechungen über die Deckungsvorlage, insbesondere über ihre Ergänzung durch die Kopfsteuer, fort. An Stelle des neuerdings wieder erkrankten Reichsfinanzministers Dietrich leitete Ministerialdirektor Dr. Jarden die Verhandlungen.

In den Beratungen machte besonders der preussische Finanzminister die stärksten Bedenken gegen eine Kopfsteuer und gegen die Möglichkeiten ihrer Durchführung geltend. In nicht ganz so scharfer Form äußerte sich auch der bayerische Regierungsvertreter gegen die Kopfsteuer. Die Fraktionen behielten sich ihre endgültige Stellungnahme vor und es gelang, wie verlautet, eine Annäherung in den Stellungnahmen der Regierungsparteien herbeizuführen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die deutsche Paneuropa-Antwort fertiggestellt.

Die Beratungen des Kabinetts über den Wortlaut der deutschen Antwort auf das französische Europa-memorandum sind abgeschlossen. Die Antwort wird nunmehr der deutschen Botschaft in Paris übermittelt werden, die sie in den nächsten Tagen der französischen Regierung übergeben wird. Die Antwort wird nach ihrer Überreichung in der Presse veröffentlicht werden.

Das Weingeseß im Auschuß angenommen.

Im Volkswirtschaftlichen Auschuß des Reichstages wurde das Weingeseß nach den Vorschlägen des Unterausschusses angenommen. Es wurde beschlossen, das Gesetz am 1. September 1930 in Kraft treten zu lassen mit Ausnahme der Bestimmung, daß Dessertwein nur mit Dessertwein verschüttet werden darf und daß die Aufspritzung von Dessertwein verboten ist. Diese Bestimmungen sollen erst am 1. April 1931 in Kraft treten.

Nichttritt Lemmers.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer ist vom Vorsitz des Reichsbundes der Jungdemokraten zurückgetreten. Die Leitung des Bundes ist dem stellvertretenden Vorsitzenden Hellmut Jäger übertragen worden.

Memelland.

Wahrung der Selbstständigkeit.

Der Memelländische Landtag nahm eine Entschlie-
fung an, die sich gegen die in der letzten Zeit erfolgten Eingriffe in die memelländische Autonomie wendet. Diese Eingriffe, so heißt es in der Entschlie-
fung, ließen die schlimmsten Befürchtungen für das Weiterbestehen der Autonomie überhaup aufkommen. Der Landtag setzte eine Kommission ein zur Wahrung der Autonomierechte des Gebietes mit der Vollmacht, alle ihr dazu nötig erscheinenden Schritte zu unternehmen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der preussische Justizminister Dr. Hermann Schmidt wurde am 13. Juli 50 Jahre alt. Er ist Mitglied der Zentrumsfraktion und war, bevor er Justizminister wurde, Senatspräsident am Kammergericht.

Berlin. Im Auswärtigen Amt ist der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnet worden. Dieser Vertrag ist der erste Auslieferungsvertrag, den Deutschland nach Inkrafttreten des deutschen Auslieferungs-gesetzes vom 23. Dezember 1929 mit einem fremden Staat abgeschlossen hat.

Riel. In der letzten Vorstandssitzung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein wurde mitgeteilt, daß Reichs- und Provinzialminister Schiele zwecks Verhandlungen mit der Landwirtschaft beabsichtigt, demnächst der Provinz Schleswig-Holstein einen Besuch abzustatten.

Weimar. Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof über die von Thüringen beantragte einstweilige Verfügung in Sachen der gesperrten Polizeizuschüsse durch das Reich werden am 17. Juli in Leipzig mündliche Verfahren stattfinden.

Paris. Die französische Kammer und der Senat wurden für die Sommerferien vertagt.

Newyork. Postmeister Brown beabsichtigt, den Kongress zu ersuchen, zur Deckung des Fehlbetrages bei der Post in Höhe von 50 Millionen Dollar die Briefgebühren im Inland von 2 auf 2½ Cent zu erhöhen.

Nach dem Rhein die Weichsel.

Große Kundgebung auf der Abstimmungsfest in Marienburg.

Im Mittelpunkt der 10-Jahr-Abstimmungsfest stand die Kundgebung der Zehntausende in der alten Ordensstadt Marienburg. Ein Sonderzug mit 600 Vertretern der Verbände der heimatreuen Ost- und Westpreußen aus allen Teilen des Reiches war eingetroffen. Vor dem Bahnhof formierte sich der große Festzug, dessen Spitze sechs Reiter in Ordensrittertracht bildeten. Unter dem Jubel der Bevölkerung bewachte sich der Zug zum

Marktplatz, wo er mit dem Deutschlandliede empfangen wurde. Landrat Nebeln begrüßte die Teilnehmer des Festzuges im Namen der Kreisverwaltung und wies darauf hin, daß die Abstimmung vor zehn Jahren die völlige Deutscheit des westpreussischen, ermländischen und masurischen Landes bewiesen habe. Oberbürgermeister Pawelski begrüßte die 600 Vertreter der Hunderttausende, die der Ostmark in schwerer Zeit die Treue bezeugt haben. Oberingenieur Scheunemann hob hervor, daß heute, wo der Rhein frei sei, auch die Freiheit der Weichsel und die Befreiung des Korridors erkämpft werden müsse. Zum Schluß weihte der frühere Abstimmungskommissar von Westpreußen, Graf von Wandt, die Fahne des rheinisch-westfälischen Hauptvereins der heimattreuen Ost- und Westpreußen.

Dann löste sich der Festzug auf. Die Abgesandten führen zu den Abstimmungsfeiern in den einzelnen Ortsschaften, aus denen sie stammen. Am Abend bewegte sich ein mächtiger Fackelzug durch die Straßen der alten Ordensstadt in den Hof der Marienburg.

Gegen den polnischen Seelenfang.

Bei der Abstimmungsfeier in Allenstein wurde im Auftrag des preussischen Innenministeriums von Ministerialrat Dr. Rathenau eine Erklärung abgegeben, in der Dr. Rathenau einleitend den Wunsch ausdrückte, daß sich das gesamte Vaterland der Not des Ostens lebendiger als bisher bewusst werden möchte. In Ostpreußen gehe es nicht wie in Oberschlesien um einen Kampf, der zwischen den Trägern der deutschen und polnischen Kultur ausgetragen wird, sondern um die Seele derer, die Polen unberechtigt sich zurechnen und erst gewinnen wollen. Einen hehren Kampf der Kulturen scheue Deutschland nicht. Einem Seelenfang mit Katakomben und Zirkeln stelle es sich mit allen Mitteln entgegen. Es werde nicht etwa der Minderheit das Kampffeld einfach überlassen. Wenn sie Kinderhorte, Vorschulen und dergleichen glaube für ihre Kinder errichten zu müssen, so werde für deutsche Kinder ein Gegengewicht geschaffen werden. Der Kampf zweier Kulturen kann nicht durch Waffengewalt entschieden werden. Uns ist ein besseres Mittelzeug geblieben, Waffen des Rechts und des Geistes, mit ihnen werden wir uns zur Wehr setzen gegen jeden Angriff auf unser Deutschtum.

Der Korridor — ein Pfahl im Fleisch zweier Länder.

Severing über die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen.

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen sprach in der Funkstunde Berlin Reichsminister a. D. Severing. Er erklärte u. a., daß der damalige Sieg eine lebendige Mahnung an das deutsche Volk sei, sich durch die Not der Gegenwart nicht den Glauben an eine bessere Zukunft rauben zu lassen.

Die feierlich verkündete Absicht der Herstellung eines dauerhaften Friedens wurde zur Phrase durch die Errichtung des Korridors, der, solange er besteht, ein Pfahl im Fleisch der beiden Nachbarn bleibt. Man könne nur hoffen, daß eine bessere Einsicht der Völker die Versailler Entscheidungen berichtigen werde.

Die Durchführung der Osthilfe.

Vorbereitende Besprechungen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand eine Aussprache mit beteiligten behördlichen Stellen über die Art der Vorbereitung und Durchführung der Osthilfe, insbesondere die zu ergreifenden organisatorischen Maßnahmen statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beratung soll demnächst fortgesetzt und auch mit den beteiligten Wirtschaftskreisen aufgenommen werden.

Kein Abbau der Kriegsversorgung.

Annahme eines Antrages der Regierungsparteien.

Im Reichstagsausschuß für Kriegsschädigtenfragen hatten die Sozialdemokraten zu den Novellen über die Abänderung der Verfahrens- und Versorgungsgesetze eine Entschließung eingebracht, wonach Ersparnisse für den notwendigen Ausbau der Versorgung mitverwendet werden sollten. Diese Entschließung war abgelehnt worden. Fast einstimmig fand aber darauf eine Entschließung der Regierungsparteien Annahme, in der der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß nach den jetzt beschlossenen Änderungen der Versorgungs- und Verfahrensgesetze ein Abbau der Kriegsschädigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung auch bei der von der Reichsregierung für den Herbst angekündigten Finanzreform beziehungsweise bei dem in Aussicht stehenden Ausgabenkürzungsgesetz nicht mehr in Frage kommt.

Die „Zellenbildung“ in der Reichswehr.

Voruntersuchung gegen die beiden Ulmer Offiziere abgeschlossen.

Gegen die beiden Ulmer Reichswehroffiziere, die beschuldigt werden, in der Reichswehr nationalsozialistische Zellen gebildet zu haben, ist die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Die Akten werden zwecks Anklageerhebung der Reichsanwaltschaft zugeleitet; es ist möglich, daß die Verhandlung noch im Laufe des Monats August vor dem Reichsgericht stattfindet. — Zurzeit befinden sich die beiden Offiziere noch im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit.

Die zunehmende Belastung der Gemeinden.

Die Zahl der Wohlfahrtskassen steigt weiter.

Die Zahl der von der gemeindlichen Fürsorge laufenden unterstützten Erwerbslosen nimmt ständig zu. Ende Juni wurden in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (die zusammen 25 Millionen Einwohner haben) insgesamt rund 373 000 Wohlfahrtskassenverbände gezählt, von denen 43 000 Fürsorgearbeiter waren. Gegen den Vormonat (rund 350 000 Wohlfahrtskassenverbände) bedeutet dies eine weitere Steigerung von 6,3 Prozent. Seit Jahresbeginn — also in sechs Monaten — beträgt die Zunahme 55 Prozent. — Außerdem mußten in diesen Städten am 30. Juni 46 000 Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend in der gemeindlichen Fürsorge zusätzlich unterstützt werden.

Vorstandssitzung des Deutschen Landkreistages.

Der Vorstand des Deutschen Landkreistages befaßte sich eingehend mit dem Problem der dauernd anwachsenden Last der Wohlfahrtskassenverbände. Die Landkreise stehen auf dem Standpunkt,

die Überwindung dieser Krise

auf dem Wege der Reichszuschüsse zu suchen. Diese Zuschüsse müssen nach einem bestimmten Schlüssel, der seine Gestaltung in der Zahl der Erwerbslosen findet, verteilt werden. Dem Gedanken, etwa die Kopfsteuer zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen, müssen die Landkreise die Tatsache entgegenhalten, daß die Kopfsteuer nicht geeignet sein kann, die Wohlfahrtslasten abzugelten, weil die verschiedenartig regionale Anhäufung

dieser Belastung durch eine derartige Steuer nie ausgeglichen werden kann.

In eingehender Aussprache wurde die Neuordnung des Kreisverfassungsrechts besprochen und besondere Richtlinien für eine Ausdehnung des in den einzelnen Ländern bestehenden Rechts aufgestellt. Das Baurechtsgesetz wurde als geeignetes Mittel zur Ankurbelung des Baumarcktes begrüßt, jedoch die Forderung aufgestellt, die Mittel in der bisherigen Weise nur über die Länder zu verteilen.

Die kleinen Toten von Lübeck.

Der Untersuchungsausschuß über das Lübecker Kindersterben.

Der Ausschuß für Wohlfahrt und Gesundheitspflege der Lübecker Bürgerschaft, der mit der Untersuchung der Calmette-Angelegenheit beauftragt war, hat seinen Bericht veröffentlicht, der sich in einen Bericht der Mehrheit und einen Bericht der Minderheit gliedert.

In einer umfangreichen Darstellung kommt die Mehrheit zu dem Ergebnis, daß es ein Fehler gewesen sei, ein so folgenschweres Experiment auf lokaler Grundlage und mit beschränkten Hilfsmitteln vorzunehmen. Der Bericht der Mehrheit führt dann im einzelnen die den verantwortlichen Ärzten zu machenden Vorwürfe an und kommt zu dem Ergebnis, daß sie die durch ihr Amt auferlegte besondere Sorgfalt in ernster Weise verletzt und mit einer Fahrlässigkeit gehandelt hätten, für die sie disziplinarisch und strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen seien.

Der Bericht der Minderheit ist in seinem Endurteil nicht so scharf wie der Bericht der Mehrheit.

Wie dem Hamburger Anzeiger von seinem Lübecker Berichterstatter gemeldet wird, sei Professor Dr. Deycke völlig zusammengebrochen. Seit etwa vier Wochen spreche er kaum noch mit einem Menschen. Er habe mehrfach Selbstmordabsichten geäußert. Wie seine Frau berichtet, verfolge ihn das Bild der toten Kinder, so daß er keine Ruhe mehr finden könne.

Die „Bauernnotbewegung“.

Hausdurchsuchungen in Ostpreußen.

Wie von der „Bauernnotbewegung“ mitgeteilt wird, haben in verschiedenen Teilen Ostpreußens, besonders in der Gegend von Gumbinnen, Insterburg, Wehlau und Labiau, Kriminalbeamte im Auftrag der Königsberger Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen bei mehreren Besitzern vorgenommen. Alle auf die „Bauernnotbewegung“ irgendwie bezüglichen Akten seien beschlagnahmt und mitgenommen worden.

Stadt und Dorf in den Sowjets.

Die Zerschlagung der russischen Bauernschaft.

Die russische Presse veröffentlichte den Inhalt des Vortrages Jatonwens über die Lage der russischen Landwirtschaft. Der Redner erklärte, daß die Ausbeutung der individuellen Bauernwirtschaften auf den stärksten Widerstand des Bauerntums gestoßen sei. Die gebildeten kollektiven Bauernwirtschaften befänden sich in großer Notlage und würden noch manchen harten Kampf zu überleben haben. Trotzdem müsse der Prozeß der Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften fortgesetzt werden. Augenblicklich, so erklärte Jatonwen, sei die größte Gefahr, die Zuspaltung der Beziehungen zwischen Stadt und Dorf, durch die Widersprüche der Partei gegenüber den einzelnen Bauernwirtschaften beigelegt worden. Jatonwen betonte weiter, daß es noch nicht gelungen sei, vorläufig die Getreideversorgung der Städte zu normalisieren, weil die kollektiven Bauernwirtschaften noch zu schwach seien. Die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften bedeute einen großen politischen Schritt vorwärts in der Entwicklung Rußlands zu einem Industrie- und Agrarstaat.

Die Wettfahrt nach dem Heringsmarkt.

Kampfanzeige englischer gegen deutsche Fischer.

In diesem Jahr werden von dem englischen Hafen Fleetwood zwanzig englische Dampfer zu einem scharfen Konkurrenzkampf mit den deutschen Fischern ausfahren. Die deutschen Fischer haben in den letzten Jahren den Heringssfang an sich gerissen und auf dem Markt von Fleetwood eine Art Monopol erlangt. Die englischen Fischer werden in diesem Jahr an derselben Stelle wie die deutschen westlich von Schottland arbeiten und mit dem Fang ein Wettrennen nach dem Markt von Fleetwood unternehmen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 14. Juli 1930.

Das Rätsel des Heusiebers.

Jedes Jahr, wenn die Ferien- und die Reisezeit beginnt, macht das Heusieber vielen Erholungsbedürftigen einen dicken Strich durch die Rechnung. Weshalb? Nun, man kann wohl so sagen, daß festgestellt ist, daß alljährlich rund eine Million Deutsche empfindlich unter dieser Krankheit leiden, die eigentlich nicht eine richtige Krankheit ist, sondern eine Reizung bestimmter Nerven, von der Art allerdings, daß sie die Befallenen unenträglich quält und ihnen alle Lebenslust und Arbeitsfreude raubt.

Erfst sehr spät hat die medizinische Wissenschaft das Wesen dieses seltsamen Leidenszustandes erkannt und festgestellt, daß er durch eine gewisse Überempfindlichkeitsveranlagung der von ihm Betroffenen bedingt wird, wie es Menschen gibt, die keine Erdbeeren oder keine Krebsen oder keinen Käse essen können, ohne nicht dadurch gleich Nesselsieber zu bekommen. Das sind die Selbstanklagen der menschlichen Natur. Wer so glücklich ist, über alle diese Dinge erhaben zu sein, der soll sich hüten, über die anderen, in deren Lage er sich nicht hineinversetzen kann, zu spötteln.

Beim Heusieber ist es so, daß unter Umständen kein Stand vor ihm gesichert ist, weder der Stadtmensch, der nur an seinen Ausbeuten ins Freie kommt, noch der robuste Landbewohner, der dauernd in Feld und Flur und in der Scheune zu tun hat. Nachdem man das erkannt hatte, suchte man nach dem Erreger des Leidens, und da erlebte die mit scharfen Mikroskopen bewaffnete Wissenschaft eine Überraschung. Denn es gibt nicht nur einen, sondern sehr zahlreiche Erreger, nämlich eine dem Pollenstoff der blühenden Gräser anhaftende Eiweißverbindung, die in der Natur so verbreitet ist, daß ein Tausendstel Blütenstaub — weniger, als eine Biene bei ihrem täglichen Ausflug in den Stod einträgt — vollkommen ausreicht, um 40 000 Menschen heusieberkrank zu machen. So betrachtet, wäre also die ganze weite Natur, in der der Mensch lebt und Erholung sucht, heusieberverseucht, zumal dieser Staub meilenweit durch jeden Wind davongetragen wird. Außer den eigentlichen Heusieberpflanzen, unseren wertvollsten Wiesengräsern, wie dem Annuell, Timothy, Klei, Ruch, Weidel, Ray- und Fioringras, können aber alle unsere Getreidepflanzen in ihrer Blütezeit das Heusieber erzeugen, Roggen so gut wie Gerste, Weizen, Hafer, in Süddeutschland der dort angebauten Dinkel, ferner eine Reihe von Unkräutern, wie die Segge, die verschiedenen Meldearten, der kleine Sauerampfer, dann von Gewürzpflanzen der Pfeffer, und schließlich dürfen die besonders empfindlichen Leidenden nicht einmal ungefähr im Duft der Baumbäume wandeln, denn die Robinie oder Akazie und der Ahorn sind ebenso gefährliche Träger der Ansteckung wie die allbekannte Linde. Damit erklärt es sich, warum das Heusieber keineswegs, wie

man ursprünglich glauben wollte, als man dem Leiden diesen Namen gab, an die Heuszeit gebunden ist.

Eine Wertwürdigkeit ist es, daß viele Menschen alle Heusieberpflanzen gut und unangefochten ertragen, bis auf eine oder zwei, die sie anstecken, wenn sie zufällig in ihren Bereich kommen. Die erste und wirksamste Hilfe, die sich Heusieberleidende dabei leisten können, besteht in einer genauen Beobachtung, welche Pflanze „ihr“ besonderer Unheilsträger ist. Die ärztliche Kunst ist heute imstande, durch Probeimpfungen mit dem Pollenstoff der verschiedenen Heusieberträger den speziellen Übeltäter genau festzustellen und dann durch allmähliche Einführung des Pollenextraktes dieser Pflanze den Körper gegen fernere Ansteckungen unzugänglich zu machen. Bis man sich dieser übrigens schmerzlosen Kur unterzogen hat, hilft nichts anderes, als sich vor Spaziergängen im Bereich seiner besonderen Gefahrenzeit und Gefahrenzone zu hüten und schlimmstenfalls, so man die Mittel dazu hat, den Urlaub auf heusieberfreien Meeresinseln wie Helgoland zu verbringen.

* Wann darf das Finanzamt die Buchführung des Steuerpflichtigen verwerfen?

Wenn der Steuerpflichtige Bücher und Aufzeichnungen, die er nach den Steuergeboten zu führen hat, nicht vorlegen kann, ist das Finanzamt nach § 210 der Reichsabgabenordnung berechtigt, die Bilanzgrundlagen zu schätzen. Manche Finanzämter neigen dazu, auch dann, wenn eine Buchführung Mängel aufweist, unter Verwerfung dieser Buchführung zur Schätzung überzugehen. Demgegenüber erklärt der Reichsfinanzhof in einer Entscheidung vom 18. September 1929 VI A. 1867-29, daß eine mangelhafte Buchführung nur dann verworfen werden darf, wenn ihre Ergänzung durch Schätzung von Einzelheiten zu unsicher ist oder gegen die Unvollständigkeit der Buchführung überhaupt keine einigermaßen sicheren Anhaltspunkte gewonnen werden können. Der Reichsfinanzhof führt u. a. aus: „Allgemein muß das Bestreben der Steuerpflichtigen und der Bücherrevisoren in den Betrieben an Stelle mangelhafter Buchführung eine ordnungsmäßige kaufmännische Buchführung einzurichten, von den Steuerbehörden weitgehend unterstützt werden, da dies sowohl im Interesse der Gewerbetreibenden selbst liegt, als auch die Belange des Reiches fördert. Dazu gehört, daß Uebergangsmängel, die bei der Einrichtung einer solchen Buchführung unvermeidlich sind, wohlwollend behandelt werden und die Bemühungen der Steuerpflichtigen und ihrer Berater nicht durch zu schnelles Vorgehen der Steuerbehörde unmöglich und zwecklos gemacht werden.“

Halver

— Auf Anordnung der Reichsregierung hatten die öffentlichen Gebäude und die Schulen aus Anlaß der schrecklichen Grubenkatastrophe in Hausdorf bei Reurode in Oberschlesien, bei der 151 Bergleute ihren Tod gefunden haben, am Sonntag Halbmaß geflaggt.

— Gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr überflog ein Reklameflugschiff, von Westen nach Osten den nördlichen Teil unseres Ortes. Es machte Reklame für Schokolade „Trumpf“. Natürlich nahm es einen recht niedrigen Flug, damit die Reklamefahrt ganz bequem zu lesen war.

— Die Nachbarschaft Halver hielt gestern nachmittag im Lokale Hedemann ihre Halbjahrsversammlung ab, deren Besucherzahl im Hinblick auf die große Mitgliederzahl nicht allzu groß war. Der Vorsitzende Albert Buchmann eröffnete die Versammlung kurz vor 5 Uhr, indem er die Ergebenheiten begrüßte. Er teilte mit, daß in dem ersten Halbjahre 11 männliche und 4 weibliche Mitglieder sowie 2 Ehefrauen, im ganzen also 17 Personen gestorben sind, für die das jahungsmäßige Sterbegeld zu zahlen war. Er gedachte der Verstorbenen mit warmen Worten, ganz besonders aber des unter den Verstorbenen sich befindlichen ersten Schriftführers der Nachbarschaft Wilhelm Dörfelm. Seit dem Wiederaufleben der Nachbarschaft im Jahre 1922 bis zu seinem Tode hat er ununterbrochen das Amt des ersten Schriftführers bekleidet und sich durch unermüdete Tätigkeit die größten Verdienste um die Nachbarschaft Halver erworben. Das Andenken der Verstorbenen wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Alsdann verlas der Kassierer der Nachbarschaft, der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse Walter Lemmer das Protokoll der letzten Versammlung, gegen das sich keine Einwände erhoben und daher genehmigt wurde. Die Zahl der Mitglieder hat sich durch Abgänge und Neueintritte auf derselben Höhe erhalten, sie beträgt zurzeit 884. Sie könnte im Verhältnis zu der Zahl der Bewohner des Bezirks wohl größer sein. Die Zahlung der Beiträge erfolgte im allgemeinen recht pünktlich, so daß die Zahl der Rückstände nur eine geringe ist. Die Nachbarschaft hatte im verflossenen ersten Halbjahre viele Sterbefälle zu entschädigen. Während die Zahl derselben im verflossenen Jahre 1929 19 betrug, betrug sie in dem ersten Halbjahre 1930 schon 17. Dieses macht sich natürlich auch bei den Kassenverhältnissen bemerkbar. Die Einnahmen betrugen in dem ersten Halbjahre 1630 RM., die Ausgaben dagegen 2230 RM., also eine Mehrausgabe von 600 RM. Doch gibt dies zu Besorgnissen keinen Anlaß, da die Kasse in den vorangegangenen Jahren einen ziemlich großen Fonds hat ansammeln können. Unter Verschiedenes hatte niemand irgend etwas vorzubringen, so konnte der Vorsitzende die Versammlung nach kurzer Dauer schließen.

Schalksmühle

— Das 9. Bundesfest Westdeutscher Schießklubs, übernommen vom Schießklub „Weißer Hirsch“ Rothhausen, fand am Sonntag im Lokal Wilh. Kriegesfortte statt. Nachdem die auswärtigen Schützen sich alle eingefunden, nahm um 9 Uhr das Preisschießen seinen Anfang. Um 16½ Uhr wurde das Konzert mit einem schneidigen Marsch eröffnet. Den musikalischen Teil, ausgeführt von dem Pottschöffen Orchester Schalksmühle, muß in allen Darbietungen als voll befriedigt anerkannt werden. Gleichzeitig auch die Einlagen des Humoristen Herrn Müllhoff. Einen ergreifenden Erfolg hatte das Theaterstück: Der Sohn des Wildbärs, ausgeführt vom Schießklub Weißer Hirsch, Rothhausen. Um 20 Uhr fand dann die Preisverteilung statt. Von 73 Schützen wurden 59 Kränze verteilt. Den Wanderpreis erhielt Freischütz Vödenheid zum 2. Male mit 347 Ringe. Im Vereinschießen kam folgendes Ergebnis:

1. Preis: Freischütz Vödenheid.
2. Preis: Einigkeit Kuhlshagen
3. Preis: Vergeshöh Wahnscheid, 2. Gruppe
4. Preis: Jägerheim Ehringhausen.
5. Preis: Weißer Hirsch, Rothhausen 2. Gruppe.
6. Preis: Falke Brederfeld.
7. Preis: Freischütz Klafkamp.

Als Tageschloße Ernst Kütelhäus Vergeshöh Wahnscheid mit 120 Ringe. Die Veranstaltung kann als wohl gelungen bezeichnet werden und nahm durch ein tänzerisches harmonisches Abschluß. In der Hoffnung, daß der Schießsport noch mehr Freunde und Schützenbrüder findet, allen ein „Gut Schuß!“

— Dahlebrück, 14. Juli. Am 16. Juli vollendet Herr Johann Schaffstädt, Veteran von 1870-71, Walze Dahle-

Irrlichter.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der Niedergang und die Stagnation unserer Wirtschaft scheint auf einem Gebiet eine erfreuliche Ausnahme zu machen. Der Aktivsaldo unseres Außenhandels, der im April nur 33 Millionen Mark betrug, konnte sich auf 187 Millionen Mark im Mai erhöhen. Dies wurde dadurch ermöglicht, daß einerseits die Einfuhr eine nicht unbeträchtliche Senkung erfuhr, die in der Hauptsache auf die Verringerung der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken, zum Teil aber auch auf die Verringerung der Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zurückzuführen ist. Andererseits entwickelte sich die Ausfuhr günstig, und zwar sowohl die Ausfuhr von Fertigwaren als auch die an Rohstoffen und halbfertigen Erzeugnissen. Diese Entwicklung ist einerseits erfreulich, andererseits aber auch ein Zeichen dafür, daß bei dem geschwächten Inlandsmarkt die Notwendigkeit entstanden ist, für den Auslandsmarkt zu arbeiten, um dort um jeden Preis die Ware, die in der Heimat keinen Absatz finden kann, zu verkaufen. Und zwar das „um jeden Preis“ in wörtlichem Sinne genommen. Denn inwieweit dieser Export zu angemessenen Preisen erfolgt ist, darüber gibt keine Statistik Auskunft. Wahrscheinlich sind aber Verlustpreise nicht ganz selten gewesen und die Ausfuhr nicht des Gewinnes wegen erfolgt, sondern um größere Verluste zu vermeiden, wie sie Stilllegungen und Einschränkungen der Betriebe mit sich bringen mußten. Denn in den meisten europäischen und überseeischen Ländern ist es besser als bei uns und die Konkurrenzverschärfung setzt sich in einem stärkeren Maße durch, was zur allgemeinen Kaufkraftminderung und Konkurrenzverschärfung geführt hat. Es ist also die Vermutung nahe, daß der geförderte Export nur auf Kosten der Preisstellung möglich war. Wahrscheinlich wird die deutsche Außenhandelsbilanz den augenblicklich günstigen Stand in Zukunft nur dadurch behaupten können, daß ein weiterer Preisabbau erfolgt. Es wird sich also auch auf diesem Gebiet die Forderung unabwieslich einstellen, deren Notwendigkeit auf dem Inlandsmarkt bereits klar zutage getreten ist, die Preise weiter zu senken.

Ein zweiter Lichtpunkt, der sich aber ebenfalls bei näherem Zusehen als Irrlicht erweist, ist die Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts, daß die Konsumtion im Einzelhandel im ersten Quartal 1930 gegenüber dem ersten Quartal 1928 gestiegen ist. Das sieht zunächst wie eine Geschäftsbelebung aus, bis uns eine andere Spalte der Statistik darüber belehrt, daß nebenher der Absatz im Einzelhandel im gleichen Zeitraum nicht gestiegen, sondern eher gefallen ist. Das erscheint als deutliches Zeichen dafür, daß die Zahl der Einkäufe sich wohl vermehrt hat, der Wert des einzelnen Einkaufs aber gesunken ist, d. h. daß die Kundschaft nur von der Hand in den Mund verkleinerte Einkäufe tätigt. Die mangelhafte Kaufkraft der Bevölkerung drückt auf den Absatz an Nahrungsmitteln in zunehmendem Maße und noch deutlicher empfindet dies die Genussmittelindustrie, die bei der Nachfrage verstärkten Übergang zu geringeren Qualitäten beobachtet.

Inwieweit eine Senkung der Gekostungskosten durch Senkungen anbauen erfolgen kann, darüber gehen bekanntlich die Ansichten der einzelnen Interessentengruppen weit auseinander. Jedenfalls wird man bei der Preissenkungsaftion nicht aus den Augen verlieren dürfen, daß die Warenverteilung, wenigstens soweit es sich um Lebensmittel handelt, ebenfalls einer Verbilligung bedarf. Die Statistik hat festgestellt, daß die Spanne zwischen dem Preise, den der Landwirt für seine Erzeugnisse erhält, und dem, den der Verbraucher dafür zahlen muß, gegenüber 1913 sich stark vergrößert hat. So ist sie z. B. zwischen Roggen und Roggenbrot um 42 Prozent, zwischen Schweinen und Schweinefleisch um 59 Prozent und zwischen Weizen und Weizengebäck um 32 Prozent gestiegen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in der für 1913 angenommenen Zahl die damalige Verteilungsspanne schon enthalten ist, so daß sie also den angegebenen Zahlen noch hinzugefügt werden müßte. Jedenfalls aber wird eine wirkungsvolle Senkung der Preise in allen Zweigen der Wirtschaft nur durch eine Senkung der Lasten für Reich, Länder und Gemeinden möglich sein. Hoffentlich erweist sich die uns für den Herbst hierüber gemachte Hoffnung nicht auch als ein Irrlicht. Dr. S.

Neue Wohlfahrtsbriefmarken.

Städteansichten auf Postwertzeichen.

Aus Anlaß der Internationalen Postwertzeichenausstellung, die vom 12. bis 21. September 1930 in Berlin stattfindet, läßt die Deutsche Reichspost auf besonderem Wasserzeichenpapier ein Blatt mit vier Wohlfahrtsbriefmarken des Jahres 1930 herstellen. Die Marken zeigen folgende Städteansichten: 8 Pf. Aachen, 15 Pf.



Berlin, 25 Pf. Marienburg, 50 Pf. Würzburg. Jeder Besucher der Ausstellung kann ein Viererblatt gegen Abgabe eines Abschnitts der Eintrittskarte für den auch den Wohlfahrtszuschlag enthaltenden Preis von 1,70 Mark beim Ausstellungsposkamt kaufen. Bei anderen Postanstalten oder durch die Versandstellen für Sammelmarken werden die Viererblätter nicht vertrieben. Das Viererblatt wird in begrenzter Auflage hergestellt. Einwaige Restbestände werden nach Schluß der Ausstellung vernichtet. Die Marken des Viererblattes können zum Freimachen von Postsendungen nach dem In- und Auslande verwendet werden. Ihre Gültigkeit läuft erst am 30. Juni 1931 ab.

Die letzte Schicht.

Das ganze Volk trauert an den Gräbern von Neurode.

Die erschütternde Bergwerkskatastrophe bei Neurode hat im ganzen deutschen Volke das lebhafteste Mitgefühl hervorgerufen. Am Tage, an dem ein großer Teil der Opfer zu Grabe getragen wurde, wehten überall in Deutschland die Fahnen auf Halbmast, nicht nur auf Regierungs- und öffentlichen Gebäuden, auf vielen Privathäusern waren die Flaggen halbmast gezogen. In den Kirchen gedachten die Geistlichen mit einem Gebet der Opfer der Arbeit. Auch die auswärtigen Vertretungen in Berlin gaben ihrer Trauer Ausdruck. So zeigte der Tag das deutsche Volk in allgemeiner Trauer, der Tag, an dem hunderte Kinder ihre Väter, Frauen ihre Gatten, Mütter ihre Söhne zu Grabe trugen.

Die Aufbahrung der Opfer.

Tausende pilgerten vor der Beisetzung zu den Särgen der Opfer. Nicht der Toten waren vollkommen zugeordnet, da ihre Verletzungen so furchtbar sind, daß sie nicht gezeigt werden können. Die Toten waren größtenteils in graue Särge gebettet und mit Blumen überschüttet. Die Totenwacht wurde von einer Kolonne Bergleute unter Führung von vier Steigern in der Bergmannsuniform gehalten. Am Kopfende der Särge stand ein von brennenden Lichtern umgebener Altar, der mit Blumen geschmückt war.

Auf dem Bergfriedhof in Hausdorf.

Ein blaugrauer Himmel lag über Hausdorf, als in der sechsten Morgenstunde bereits die ersten Ströme der Teilnehmenden in Kraftwagen, mit Fahrrad, zu Fuß, aus dem gesamten Kreise Neurode hierher eilten. In der vorhergehenden



Traurige Fuhren in Neurode.
Särge für die 151 Bergleute, die Opfer der Grubenkatastrophe von Neurode.

Nacht waren bereits die Särge auf den Neuen Katholischen Friedhof übergeführt und in der ersten Gruft 24, in der zweiten 22 und in der dritten sechs Bergleute beigesetzt worden, während die Särge der in den umliegenden Ortschaften Beheimateten um die Gruft herum aufgestellt wurden.

Vailge vor der festgesetzten Zeit war der kleine am Bergabhang liegende Dorffriedhof bereits überfüllt. Ein großer Teil der etwa 15 000 bis 20 000 zählenden Trauergemeinde mußte auf dem Bergabhang postiert werden, wo sie aushielt, bis nach Beendigung der Feier auch der letzte Sarg der auswärtigen Toten weggebracht worden war. Kurz vor 8 Uhr erschienen die offiziellen Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Trauermarsch einer Neuroder Bergkapelle, daran anschließend las Erzbischoflicher Generalvikar Dittler, Mittelwalde, der mit einer großen Anzahl katholischer Geistlichen erschienen war, eine Messe, an die sich dann ein feierliches Requiem anschloß. Die Trauerrede hielt dann der katholische Ortspfarrer Schröfel, der zunächst noch einmal auf den schicksalsschweren Tag

hinwies, einen Tag, wie ihn die Weltgeschichte glücklicherweise nur selten erlebe. Trauer herrsche nicht nur in Hausdorf, sondern darüber hinaus in ganz Deutschland. Er sei besonders beauftragt, den großen

Selbstmord der Rettungsmannschaften

anzuerkennen, die ihr Leben hingaben, sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe ohne Gasküßgerät in die Grube eindrangen, getrieben von dem einen Streben, möglichst viele ihrer Kameraden zu retten. Leider war auch dieser Selbstmord vergeblich. Nur 49 brave Bergleute konnten gerettet werden. Zum Schluß wandte sich der Geistliche besonders den Hinterbliebenen zu. Zwei Dinge gebe es nur, die über die schwere dieser Tage hinweghelfen könnten, einmal ein starkes Gottvertrauen, zum anderen aber die Hoffnung, daß Reichs- und Staatsregierung die Hausdorfer und insbesondere die Opfer dieser Katastrophe nicht vergessen werden.

Die auf gewöhnlichem Wasserzeichenpapier gedruckten Wohlfahrtsbriefmarken des Jahres 1930 werden erst vom 1. November ab bei den Postanstalten erhältlich sein. Von diesen Marken werden keine Viererblätter hergestellt.

Spion oder Werber?

Flugzeugabsturz auf dem St. Gotthard.

Auf dem St. Gotthard, oberhalb des Hospizes, stürzte ein italienischer Flieger namens Giovanni Gossignoli ab, der aus der Provinz Piemont stammt und in Paris lebt. Der Pilot gab an, daß er von dem französischen Flugplatz Le Bourget aufgestiegen und nach Bellinzona geflogen sei. Auf dem Rückfluge habe er wiederum den Weg über den Simplon nehmen wollen, habe sich aber infolge des dichten Nebels verirrt. Auf dem St. Gotthard sei er gegen einen Felsen geschleudert worden. Er erlitt dabei einen Beinbruch und andere innere Verletzungen und mußte nach Andermatt ins Krankenhaus gebracht werden.

Sein Flugzeug wird von schweizerischem Militär streng bewacht. Eine Untersuchung ist noch darüber im Gange, ob der Pilot der Flieger ist, der in großer Höhe über Mailand erschien und etwa 100 000 Flugblätter abwarf. Im Namen der Geheimvereinigung für Gerechtigkeit und Freiheit, in denen offen zur Revolution aufgefördert wurde. Die Untersuchung muß auch noch die Lesart klären, daß es sich um ein Spionageflugzeug handle und daß bei dem Flieger verschiedene falsche Pässe vorgefunden wurden.

Für die evangelischen Toten sprach der Ortsgeistliche, Pastor Böttcher, der ebenfalls den Hinterbliebenen Worte des Trostes spendete. Beendet wurde die Feier mit einem Sängervortrag.

Infolge der vielen Aufregungen, die die Hinterbliebenen in den letzten Tagen durchzumachen hatten, konnte es nicht ausbleiben, daß zahlreiche Frauen und Kinder, ja selbst Männer

ohnmächtig zusammenbrachen

und vom Friedhof in eine gegenüberliegende Scheune getragen werden mußten. Oft war die Zahl der Zusammenbrechenden so groß, daß die Sanitätär kaum wußten, wo sie zuerst eingreifen sollten.

Anschließend an die Feier wurden die aus der Umgebung stammenden Toten in ihre Heimorte übergeführt. Unterwegs hatten die Vereine der betreffenden Ortschaften Aufstellung genommen, die sich den Särgen anschlossen. Die Beisetzung in den Heimorten erfolgte dann in den Nachmittagsstunden.

Reichshilfe

für die Opfer der Bergwerkskatastrophe

Noch über 40 Tote im Schacht.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit der aus Anlaß der Grubenkatastrophe in Neurode geplanten Hilfsaktion. Es wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Regierung ermächtigt, dem Oberbergamt Breslau einen Betrag bis zu einer Million Mark zu überweisen, mit der Maßgabe, daß auch für frühere und etwa nachfolgende Einzelunfälle im niederschlesischen Bergbau aus diesen Mitteln

Beihilfen gewährt werden sollen. Auch die vom Zentrum geforderten Maßnahmen zur Feststellung der Unfallursache wurden vom Ausschuss gebilligt.

Die Bergung der Toten

von Neurode stößt immer noch auf Schwierigkeiten, da ein Kohlenstaubberg am Hauptseiler des Schachts das weitere Vordringen der Bergungsmannschaften ungemein erschwert. Immer wieder stürzt der Kohlenstaub nach. Wann die Bergungsarbeiten beendet sein werden, ist noch nicht abzusehen. Es befinden sich immer noch über 40 Tote im Schacht.

Weitere Spenden für die Bergmannsfamilien.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat der Reichsregierung ihre Teilnahme an dem großen Bergwerksunglück übermitteln und für die Familien der Betroffenen einen Betrag von 32 000 Mark überwiesen. Der Landkreis Reddinghausen überfandte mit einem Beileidstelegramm 1000 Mark zur Linderung der ersten Not, wobei er betonte, daß er als Bergwerkskreis sich verpflichtet fühle, seine Solidarität mit dem Geschick der Neuroder Bevölkerung durch die Tat zu bezeugen.

Polens Beileid.

Der polnische Handelsminister Kwiatkowski hat dem Reichswirtschaftsminister telegraphisch das Beileid der polnischen Bergwerksverwaltung anlässlich des Grubenunglücks ausgesprochen, worauf Staatssekretär Dr. Treubelenburg telegraphisch dankt hat. Ein herzliches Beileidstelegramm sandten auch die polnisch-oberschlesischen Bergbehörden.

Kagenstein ist kein Rab'.

Er entzog nicht mit der Flugtagsskiffe.

In einer großen Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften wurden über den bekannten Flugzeugkonstrukteur Kagenstein Behauptungen aufgestellt, wonach u. a. Kagenstein die Einnahme der Rheinischen Luftfahrtindustrie G. m. b. H., die sie auf ihrem ersten Krefelder Flugtag erzielte, entziehen und damit durchgebrannt sei. Hierzu erklärt der Rechtsberater des Dipl.-Ing. Kurt Kagenstein, in dessen Auftrag, daß diese Annahme unwahr und von dem ursprünglichen Verbreiter gegen sein besseres Wissen verbreitet worden sind. Es ist insbesondere unrichtig, daß Kagenstein unter Mitnahme irgendwelcher Gelder aus Krefeld verschwunden wäre. Kagenstein wohnt nach wie vor in Krefeld und hat hier seine Wohnung niemals aufgegeben.

Der Zug des Todes.

65 Tote bei einem Straßenbahnunglück.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, kamen dort bei einem Straßenbahnunglück 65 Menschen ums Leben. Das Unglück ist anscheinend auf das Versagen der Wagenbremse zurückzuführen.

Der Straßenbahnwagen, der bis auf den letzten Platz mit Arbeitern besetzt war, die sich auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstätte befanden, stürzte in voller Fahrt von einer offenen Zugbrücke in den Chuclo-Fluß hinab. Der Straßenbahnführer sah im letzten Augenblick noch, daß die Zugbrücke hochgezogen war, jedoch verlagten die Bremsen. Sämtliche Fahrgäste wurden mit dem Wagen in das Wasser gerissen. Fast alle ertranken. Nur drei Passagiere vermochten sich zu retten. Von den 65 Toten sind acht Frauen.

Hauptstadt, das Lokal zu finden, das restlos unseren deutschen Ansprüchen genügt, ganz gleich, wie hoch oder niedrig diese Ansprüche gestellt werden. Dies soll an einigen Beispielen illustriert werden.

Unsere gemütlichen kleinen Restaurants, wo man schon für ungefähr eine Mark sich sattessen und ein gutes Glas Bier trinken kann, kennt der Osloer nicht. In den kleineren Gaststätten ist es recht billig und man erhält sehr guten Kaffee und gut belegte Brote, aber es ist nicht gemütlich. Unter anderem vermisst man auch die reichhaltigen Lesemappen, die in fast allen deutschen Lokalen ausliegen. Dann gibt es in Oslo auch richtiggehende „Kneipen“, wo jedoch ein recht gemischtes Publikum verkehrt, und die sich fast ausschließlich in der Hafengegend befinden. Hier kann man schon in aller Frühe die Gäste bei den riesigen Flaschen Bier und dem unvermeidlichen Portwein sitzen sehen. Immer wieder muß jedoch betont werden, daß man mehr wie reichlich für jede Enttäuschung, die man im Osloer Restaurantleben erfährt, durch die wunderbare Lage Oslos und seiner Lokaltäten entschädigt wird. Wundervolle Lage der Lokaltäten? Ja, und das ist eben die Stärke und der Reiz Oslos und ganz Norwegens, daß man über den unläugbaren Mangel in dem Restaurantleben durch die Schönheiten der Natur so gefangen wird, daß man die Mängel vergißt und jedenfalls zunächst überfießt.

Es ist, wie oben erwähnt, verständlich, daß man, wenn man zum Beispiel das Restaurant Dronningen (Königin) besucht, das idyllisch schön wie auf einer kleinen Insel mitten im Wasser liegt, mit wunderbarem Ausblick auf die Fjorde, zunächst vergißt, wie wahnsinnig teuer alles ist. Aber schließlich und endlich hört denn doch die Gemütlichkeit auf, wenn man ungefähr fünf norwegische Kronen (annähernd fünf deutsche Reichsmark) bezahlen muß, um ein passables Mittagbrot zu erhalten.

Man muß doch sagen, daß man bei einer Ausgabe von fünf Mark in Deutschland für das Essen mehr Valuta erhält wie in Oslo, ja, daß man eben überhaupt diese Summe für ein Mittagbrot nicht zu veranschlagen braucht.

Begeben wir uns nach Oslo-Stadt selbst, so werden wir eine ähnliche Beobachtung machen. Die Preise für ein gutes Mittagessen schwanken zwischen zwei und drei Kronen, das Bier kostet aber je Glas, vier Bechmel Liter, 50 Ore = 50 Pfennige, eine Flasche kostet eine Krone, dazu kommen Trinkgelder. Man muß schon im Plural sprechen und Trinkgelder sagen, denn, um einen guten Eindruck zu hinterlassen, muß man den norwegischen Kellner schon über die zehn Prozent entlohnen, und dazu kommt die Steuer.

Bis jetzt ist immer nur die Rede gewesen von Bier, das letzten Endes in Norwegen hergestellt wird, für importierten Alkohol muß man geradezu phantastische Preise bezahlen. Und dies ist nicht berechtigt. Wenn wir zum Beispiel Schweden nehmen, so ist in diesem Lande schließlich der gesamte Alkoholkonsum durch den Staat monopolisiert; muß man also dort ziemlich kräftige Preise für Alkohol bezahlen, so ist dies — eben durch das Monopol — verständlich. — Aber in Norwegen, wo das Verbot aufgehoben worden ist?

Für heute soll noch kurz etwas über die Polizeistunde in Oslo gesagt werden. Diese ist auf 12 Uhr festgesetzt und wird ganz rigoros innegehalten. Kurz vor 12 Uhr geht das Licht plötzlich an und aus, an und aus das sind die sogenannten Warnungssignale; die Kellner und Geschäftsführer laufen von Tisch zu Tisch und bitten um Verschleunigung, ab 11.45 Uhr kann nicht ein Tropfen Alkohol mehr bestellt werden. In kleineren Lokaltäten fangen die Kellner mit größter Gemütsruhe an, vor den Augen der Gäste die Stühle auf die Tische zu stellen, es wird also alles getan, um den Gast an die Polizeistunde zu mahnen und den Aufenthalt so ungemütlich wie möglich zu machen. Den Gastwirten bleibt auch nichts anderes übrig, da sie andernfalls hohe Strafen, Konzeptionsentziehungen usw. zu gewärtigen haben.

Kurt Loewe.

Heiratsalter der Frauen.

In Deutschland heiraten die meisten Frauen zwischen 20 bis 25 Jahren. Nahezu 50 Prozent aller Frauen, die eine Ehe eingehen, stehen in diesem Alter. Es folgen dann die Bräute zwischen 25 bis 30, die 30 von 100 aller sich verheiratenden Frauen ergeben, während diejenigen zwischen 30 bis 40 Jahren nur 13 Prozent ausmachen. Nicht ohne Interesse ist es, daß sieben Prozent der Bräute unter 20 Jahren alt sind. Der Rest der noch verbleibenden Frauen, die zum Traualtar schreiten, sind 40 Jahre und darüber alt.

Von den 1,7 Millionen erwachsenen und erwerbsfähigen Frauen, die in der deutschen Hauptstadt Berlin leben, ist nur ein Zehntel beruflos. 40 Prozent sind Ehe- bzw. Hausfrauen, und auch von diesen übt rund die Hälfte einen Beruf aus. Es gibt in Berlin 288 000 industrielle Arbeiterinnen und 240 000 weibliche Angestellte. Nur in einem einzigen Beruf ist bloß eine Frau tätig, nämlich im tierärztlichen. Berlin hat nur eine einzige Tierärztin.

Bermischtes

— Verschiedene Badegäste. Ein Badearzt gibt aus seinen reichen Erfahrungen zeitgemäße Schilderungen von Badegästen verschiedener Art. Da ist zunächst der nervöse Kurgast, der für die beunruhigenden Äußerungen anderer Badegäste sehr empfänglich ist und immer fürchtet, daß er die Kur nicht richtig mache und daß sie ihm mehr Schaden als Nutzen bringen werde. Nicht geringere Mühe macht dem Arzte der Pedant, der mit Röntgenbildern, Kurven, Tabellen, Attesten usw. im Sprechzimmer erscheint und es fertigbringt, den Arzt mitten in der Nacht anzurufen, um zu fragen, ob er etwa deshalb nicht einschlafen könne, weil die Badetemperatur am Morgen um zwei Grad zu niedrig gewesen sei. Bei Tisch gibt der Pedant den Anwesenden zu ihrer besonderen Erbauung eingehende Schilderungen der Verdauungsvorgänge in seinem Körper. Dann ist da der enthusiastische Kurgast, der anfänglich von seinem Aufenthalt restlos begeistert ist. Bald aber schlägt die Stimmung in wüste Schimpfereien über alle Einrichtungen des Bades und über alle Verordnungen des Arztes um. Der Arzt tut gut, wenn er die Begeisterung solcher Leute von vornherein etwas dämpft und auf alle möglichen Enttäuschungen, die eintreten könnten, hinweist. Ein schöner Typ ist auch der „Kenner“, der schon in sämtlichen gangbaren Kurorten war und schon von sämtlichen in Frage kommenden Ärzten „falsch behandelt“ worden ist. Er kritisiert alles, gibt allen gute Ratschläge und findet allemal, daß es in anderen Badeorten viel besser gewesen sei. Sehr zu fürchten ist „die unverständige Frau“. Sie hat an einer großen, geheimnisvollen Leidenschaft zu tragen und braucht immer eine Sensation. Wo sie erscheint, erregt sie ein ganzes Kino. Zu erwähnen ist auch der „Prominente“, der seinen Namen täglich in der Kurliste lesen möchte, aber „nicht erkannt zu werden“ wünscht; dabei tut er krampfhaft alles mögliche, um erkannt zu werden. Rechnungen empfindet er als persönliche Beleidigung; ihm das, dem großen K...!

— Vom Nutzen der Sowjetorden. Während bei uns die Orden und Ehrenzeichen abgeschafft worden sind, hat man sie im sowjetischen Rußland wieder angeordnet. Und wer dort einen Orden kriegt, kriegt zugleich auch allerlei Privilegien, die man sich gut gefallen lassen kann. Mit einem Orden niedriger Klasse erhält der „ausgezeichnete“ Russe dreißig Rubel Monatsrente; wird ihm ein Orden höherer Klasse verliehen, so erhöht sich die Rente auf fünfzig Rubel. Die Wohnungsmiete wird für Ordensbesitzer um 50 Prozent ermäßigt. Einkommensteuer braucht der Ordensträger nur dann zu zahlen, wenn sein Jahreseinkommen mehr als 6000 Rubel beträgt. Wenn eine Arbeit zu vergeben oder eine Stelle zu besetzen ist, wird unter allen Umständen der, der einen Orden sein eigen nennt, bevorzugt. Die Kinder der Ordensträger sind von der Schulgeldzahlung befreit. Auf der Straßenbahn, in der Eisenbahn und auf den Sowjetschiffen fahren die Ordensbesitzer zum halben Tarif. Woraus man ersieht, daß im sowjetischen Rußland eine Art „Adelsklasse“ aufgebaut wird, unter der Devise: Gleichheit und Brüderlichkeit! ... Die Menschen bleiben sich eben überall gleich, mögen sie sich nun Jariken oder Bolschewiken nennen.

— Einrichtung oder Infektion? Im Staate Neumexiko ist ein Chinese wegen eines Verbrechens zum Tode verurteilt worden und der elektrische Stuhl wartet auf ihn. Zwei Forscher aus Boston, Dr. Richards und Dr. Proctor, möchten ihn aber davor bewahren und ihn der Menschheit erhalten: sie wollen ihn als Versuchssubjekt in ihr Laboratorium setzen und ihn im Interesse der Wissenschaft infizieren. Richards und Proctor glauben, den Bazillus einer unter den amerikanischen Indianern sehr verbreiteten Augenkrankheit isoliert zu haben, und wollen mit ihrem Bazillus jetzt den dem Tode geweihten Chinaman „anstecken“, um zu sehen, was aus ihm wird. Bisher haben sie ihre Versuche nur an Menschenaffen machen können, aber das genügt ihnen nicht. Der Chinese, der ein Philosoph à la Konfuzius ist, denkt sich: „Mir ist's egal, was sie mit mir machen — einen Tod kann ich nur sterben!“ Richards und Proctor aber versichern, daß er an dem Bazillus überhaupt nicht sterben würde, und daß die Krankheit, die sie ihm einimpfen wollen, wahrscheinlich nicht einmal unheilbar sein werde. Jetzt kommt es nur noch auf den Gouverneur des Staates Neumexiko an: er soll entscheiden, ob der Chinese hingerichtet, oder nur gemipt werden soll. Was doch alles unter dem Aufhängeschild „Im Interesse der Wissenschaft“ verübt werden kann!

Mörderfische bei Schloß Holte.

Ein Zeuge meldet sich.

Staatsanwaltschaft und Mordkommission in Bielefeld sind z. Zt. mit der Aufklärung des Mordes bei Schloß Holte an dem Chauffeur Rottmann aus Gütersloh beschäftigt. Zwischen ihm und den Tätern hat augenscheinlich ein erbitterter Kampf stattgefunden, denn die Kleidung des Ermordeten war gänzlich zerfetzt. In der Nähe des Tatortes aufgefundenen blutbesudelten Steine lassen darauf schließen, daß R. mit den Steinen erschlagen wurde.

Inzwischen meldete sich ein Fuhrmann, der Rottmann und seine Mörder gesehen haben will, als er an ihnen vorbeifuhr. Er ist der Annahme gewesen, es mit Holzkläusern zu tun zu haben. Rottmann lebte noch, er stand wartend am Auto. Als der Zeuge nach einer Viertelstunde wieder an dem Platz vorbeikam, waren die Männer und das Auto verschwunden. Von Bedeutung ist jetzt, daß die Kleidung der Mörder, die sich nach der Tat umgezogen haben, gefunden wird. Es sei nochmals darauf verwiesen, daß für die Ermittlung der Täter 1000 Mark Belohnung ausgesetzt sind.

Das Autounglück am Rötterberg.

Eine Tote — drei Schwerverletzte.

Das von betrunkenen Fahrern verursachte Autounglück am Rötterberg, wobei der Wagen 25 Meter hoch abstürzte, stellt sich, wie aus Hameln gemeldet wird, folgendermaßen heraus, als zu Anfang anzunehmen war. Das am Rötterberg ohnmächtig liegengeliebene 14jährige Kindermädchen Anni Hermann aus Bochum ist inzwischen seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Fahrer des Unglückswagens, Kaufmann Tennie, sowie zwei andere Insassen sind schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt worden.

Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten.

Mehrere Schwerverletzte, darunter Major Buchruder.

Die zu der Richtung Straßer gehörende nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft, Gau Dittmarschen, hatte am Sonntag eine öffentliche Versammlung nach Albersdorf in Holstein einberufen, in der Major a. D. Buchruder-Berlin, Schapke und Dr. Granz sprechen sollten. Bei Eröffnung der Versammlung stürzten sich plötzlich Hitler-Anhänger auf die Bühne und verletzten die für den Abend vorgesehenen Redner durch Schläge mit Gummiknüppeln und Stahlruten. Buchruder wurde das Nasenbein eingeschlagen, er trug auch schwere innere Verletzungen davon. Dr. Granz erlitt schwere innere Verletzungen, außerdem Verletzungen am Kopfe und an sämtlichen Gliedmaßen. Richter-Albersdorf wurde am Kopf schwer verletzt. An dem Aufkommen eines gewissen Rothmann wird gezweifelt. Mehrere andere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Die Landjäger in Stärke von vier Mann waren machtlos. Die Namen mehrerer an dem Ueberfall beteiligter Personen sind festgestellt.

Deutschfeindliche Kundgebungen vor der Warschauer deutschen Gesandtschaft.

Nach den Kundgebungen des polnischen Westmarkenvereins gegen Deutschland und gegen das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen im Jahre 1920, die am Sonntag in Warschau stattfanden, gelangte eine Abteilung von Demonstranten dicht vor die deutsche Botschaft. Um weiteren Vorfällen wurden sie jedoch im letzten Augenblick durch Polizei gehindert. Die Demonstranten riefen: „Fort mit den Deutschen, fort mit den preußischen Banditen. Wir lassen nicht von Pomerellen und Oberschlesien.“ Mehrere Demonstranten wurden festgenommen und Fäustchen in den polnischen Farben mit deutschfeindlichen Aufschriften beschlagnahmt. Ähnliche Kundgebungen fanden auch in anderen Städten, insbesondere in Westpreußen statt.

Haushaltswirtschaftliches.

Wichtiges für das Einkochen.

Befolge nur solche Früchte, wie an einem Tag eingekocht werden können.

Nimm lieber ein paar Pfund weniger, aber verwende nur beste Sorten, die nicht überreif sind.

Gläser, Flaschen und Töpfe sind tadellos sauber zu halten, am besten spült man sie vor dem Gebrauch nochmals in heißem Mi-Wasser, das gleichzeitig desinfizierend wirkt.

Der Gummiring muß vollkommen trocken auf den trockenen, unbeschädigten Glasrand aufgelegt werden, und auch der Deckel muß ganz trocken und glatt sein.

Wird im Beck-Apparat eingekocht, so ist der Stand des Thermometers immer zu beobachten und die vorgeschriebenen Kochzeiten sind genau einzuhalten.

Zum Abkühlen der Gläser nehme man den Deckel des Behälters ab, damit die Dämpfe entweichen, lasse aber die Gläser selbst in den Metallklammern fest sitzen. Sind die Gläser vollständig kalt geworden, probiert man an dem Deckel, ob das Glas richtig geschlossen ist und läßt die Gläser ein paar Tage in unmittelbarer Nähe stehen, damit man die sich evtl. öffnenden Gläser nochmals kochen kann.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Heimzuge unseres lieben Entschlafenen, sowie für die vielen Kranzspenden und die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers Stommel, insbesondere dem M.-G.-V. Oeckinghausen, sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank

Ww. Gustav Hoppe
und Angehörige.

Heosfeld.

Kombinierte
Haushaltsmaschine

als

Reibmaschine und Fruchtpresse

verwendbar.

— Fleischmaschinen —
Bohnschneidmaschinen
Mandelreibeisen.

Wilh. Bell jr., Halver.

Waldbauverein Halver
e. V.

General-
Versammlung

am Mittwoch, dem 16. d. M.,
nachm. 5 Uhr
im Posthaus.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Jahresbericht.
3. Festsetzung der Jahresbeiträge.
4. Besprech. über Waldbrandversicherung.
5. Verschiedenes.

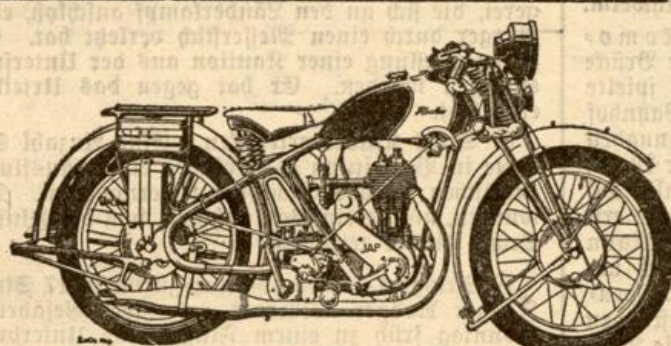
Der Vorstand.

In den nächsten
Tagen treffen
Hausbrandkohlen

ein.

Bestellungen werden
in allen Verteilungs-
stellen angenommen.

Konsumverein Halver
e. G. m. b. H.



Hecker-Motorräder

alle mit Original Jap-Motor

200—600 ccm mit voller elektr. Ausrüstung und Tachometer in
den Preislagen von RM. 865.- bis RM. 1250.-

Ardie-Motorräder

mit Original Jap-Motor

200 ccm Silberfuchs. Doppelrahmen aus Duraluminium,
3 Ganggetriebe, 30 Watt Lichtanlage, Boschhorn u. Boschbatterie-
zündung. Alle blanken Teile verchromt und vernickelt. Farbe
silbergrau mit blau abgesetztem Sattelbank.
Preis komplett RM. 875.- ab Werk.

Die billigste und beste Steuer- und Führerscheinfreie Maschine.

Alleinverkauf für den hiesigen Bezirk:

C. W. Ecker, Halver (Carlshöhe.)

Drainage-
Röhren

in allen gangbaren
Weiten auf Lager
vorhandig.

C. Zimmermann,
Ohl.-Rönsahl
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Für Wirte

empfehle:

Biergläser,

Pilsener Henkel-

seldel (3/10 Liter)

Walzenseldel,

Harzer Pokale,

Likörgläser,

Weingläser,

Gläserbürsten

u. s. w.

Wilh. Bell jr.

Eine gut erhaltene

Mäh-
maschine

hat

billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der

Gescht. des Hlg. Anz.

Halver.

A. Kaiser

| Photograph

Halver i. W.

Berlinerstraße 5.

Rot- und Weißweine

als passende Geschenks-

Artikel,

zu billigen Preisen stets

vorhandig

1 Fl. Apfelwein 55 Pf.—

1 ltr. Cyderwein nur 1.—

bei

Otto Meisterjahn,

Kierspe.